№ 156. — 6. Jahrgang.

Freitag, 9. Juli 1886.

Abonnementspreis:
Der unparteiische — jeden Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Versendung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet monatlich 60 Pfg. bei den Ausgabestellen in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Eingetragen unter Nr. 4633.)
Im 2. u. 4. Quartal erscheint für Abonnenten Sächsisches Eisenbahn-Fahrplanheft.
Im 4. Quartal erscheint für Abonnenten Jahresbuch (Weihnachtsbeigabe) d. Anzeigers.

Verlag: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz.

Sächsischer
Landes-Anzeiger
mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger".
Unparteiische tägliche Zeitung für Sachsen und Thüringen.

Insertionspreis:
Raum einer schmalen Korpuszeile 15 Pfg.; — Reklame (1spaltige Petitzeile) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Annoncen Rabatt. Bei Bestellungen von Auswärts wolle man Insertionsbetrag (in Briefmarken) beifügen (je 8 Silben Korpusschrift bilden ca. 1 Zeile). Annoncenannahme nur bis Vormittag. Inserate nehmen außer der Verlags-Expedition die Annoncen-Bureaux an.

Expedition und Redaktion: Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Adr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Fernsprechstelle Nr. 136.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt" und humoristisch illustrirtes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch".

Telegraphische Nachrichten.

Vom 7. Juli.

Landsberg a. d. W. Der Landwirthschaftsminister Dr. Lucius ordnete amtliche Erhebungen über das Auftreten der Reblaus im Landsberger Kreise an; das Eintreffen zweier Pomologen, welche Untersuchungen vornehmen sollen, wird erwartet.

Bremen. Der Chefredakteur der „Weser-Zeitung", Nicolaus Mohr, ist gestern Abend gestorben.

München. Die Centennarfeier für König Ludwig I. ist auf Wunsch des Regenten auf nächstes Jahr verschoben worden.

Würzburg. Minister Dr. Lutz und Ministerialrath Ziegler sind gestern hier eingetroffen; sie hatten lange Conferenzen mit dem Geheimen Ober-Baurath Schütze-Berlin und mit dem Universitäts-Rektor Ulrichs.

Graz. Bürgermeister Dr. Portugall erließ einen Aufruf an die Bewohner von Graz, worin er im Hinblicke auf die am 17. Juli erfolgende Ankunft der sächsischen Turner, welche eine Vergnügungsfahrt machen, an den Empfang erinnert, welchen die deutsch-österreichischen Turner beim vorjährigen allgemeinen deutschen Turnfeste in Dresden fanden, und auf die allseitige freudige Theilnahme am letzten Schulvereinsfeste in Graz hinweist, welche zur Annahme berechtige, daß die Gäste aus dem Lande, das den „Allgemeinen Deutschen Schulverein" am eifrigsten pflege, eine entsprechende Aufnahme in Graz finden werden.

Paris. Die Syndikatskammern von Paris sprachen sich in ihrer gestrigen Versammlung für die Herstellung einer nationalen Marke zum Schutze gegen Fälschung französischer Erzeugnisse aus.

Rom. Cholerabericht. In den letzten 24 Stunden in Codigoro 3 Erkrankungen, 4 Todesfälle, worunter 2 von früher Erkrankten; in Venedig kein Erkrankungs- und kein Todesfall; in Brindisi 6 Erkrankungen, 10 Todesfälle, worunter 5 von früher Erkrankten; in Latiano 50 Erkrankungen, 28 Todesfälle; in Orio 5 Erkrankungen, 8 Todesfälle; in Ostuni 5 Todesfälle von früher Erkrankten; in San Vito 33 Erkrankungen, 3 Todesfälle; in Francavilla 29 Erkrankungen 25 Todesfälle. — Aus Fiume werden 6 neue Fälle gemeldet. Die Auswanderung aus Fiume infolge der Besorgniß vor der Cholera nahm so große Dimensionen an, daß der Banus von Croatien dem Fiumaner Magistrat mittheilte, die auf der Bahnstrecke Karlstadt-Fiume gelegenen Ortschaften seien überfüllt und könnten Niemanden mehr aufnehmen; daher würden ferner anlangende Flüchtlinge zurückgewiesen werden.

Brüssel. Die Regierung bereitet ein Gesetz vor, durch welches die das Veranstalten von Arbeitseinstellungen erleichternde Koalitionsfreiheit der Arbeiter eingeschränkt werden soll.

Cettinje. Vierzig gefangene Türken, welche sich an der Grenzverletzung betheiligt haben, sind nach Podgorizza escortirt worden. Unter ihnen befinden sich einige Begs von Poljanci und Kolaschin, weshalb man eine weitgehende Conspiration vermuthet. Nach den Aussagen der Gefangenen waren die Eindringlinge ca. 2000 Mann stark.

Washington. Die Finanzkommission des Repräsentantenhauses ließ einen Bericht ausarbeiten, der sich gegen den Randall'schen Entwurf wegen der Revision des Zolltarifs aussprach.

Zum Kampf gegen die Wanderbettelei.

Daß seit Mitte der siebziger Jahre die Wanderbettelei und die Zahl der bestraften Bettler in bedrohlichstem Maße anschwoll, ist bekannt. Dieser drückende Nothstand rief eine Reihe von Gegenmaßregeln hervor, u. A. die Antibettelvereine. Bald erkannte man jedoch, daß die Mehrzahl derselben das Uebel nicht an der Wurzel zu fassen vermochte. Auch die Bemerkung, daß leider zahlreiche Armenverwaltungen den arbeitslosen aber arbeitsfähigen Armen nicht als hilfsbedürftig und pflichtgemäß zu unterstützen anerkannten, sondern von Ort zu Ort schoben und dergestalt das Landstreicherthum in großem Stile förmlich züchteten, drängte auf neue Wege zu sinnen. So fiel man auf die Naturalverpflegungsstationen und Arbeitercolonien, und nach den bisherigen Erfahrungen scheint darin in der That ein Mittel gefunden, das Elend wesentlich zu vermindern. Ueber alles das ist an dieser Stelle wiederholt berichtet worden, wir gehen deshalb auf die Einzelheiten nicht weiter ein, verweisen aber auf eine kürzlich im Königl. Preuß. Statistischen Bureau erschienene treffliche Schrift: „Die Entwickelung der Naturalverpflegungsstationen und Arbeitercolonien in Preußen, von G. Evert". Darin werden alle einschlägigen Verhältnisse lichtvoll, ohne Wortschwall, überzeugend und auf reiche Erfahrung gestützt geschildert. Auch zwei Karten sind beigegeben. Die eine stellt die am 1. September 1885 in Preußen vorhanden gewesenen Arbeitercolonien und verschiedenen Pflegestätten (Herbergen zur Heimath, bei Gastwirthen und bei anderen Personen) graphisch dar; die andere giebt eine Uebersicht der 1885 in Preußen bestehenden Naturalpflegestationen nach ihrer Dichtigkeit in einzelnen Kreisen. Aus dieser geht hervor, daß im Süd- und Nordwesten sowie im ganzen Osten die Stationen noch immer sehr dünn oder ungleichmäßig gesät sind. In den anderen Landestheilen sind nur einzelne bedauerliche Lücken. Annähernde Vollständigkeit des Netzes ist die nächste Hauptaufgabe. Eine unvollkommen eingerichtete, keine Arbeitsleistung fordernde Station wird zunächst immer noch besser sein, als gar keine. Sieht man ab von Arbeitsforderung, so betteln die Stromer tagsüber in einem stationslosen Kreise und belagern Abends die anderen und setzen sie matt. Alles kommt mithin darauf an, jene säumigen Kreise zum Anschluß zu bewegen.

Bei einer Arbeitsleistung von 2 Stunden für ½ Tagesverpflegung erscheint ein Abstand der Stationen von 15 Kilometer das Richtige. Die Entfernung ist so zu bemessen, daß der arme Wanderer nicht zum Bettel genöthigt wird, aber auch die Pflegestätten nicht mißbrauchen kann. Diese müssen ihn so beköstigen, daß er marsch- und arbeitsfähig bleibt, aber wo nur irgend möglich Arbeitsleistung dafür verlangen. Gewährt man wegen Arbeitsverweigerung, Frechheit, Trunkenheit oder dergl. keine Unterstützung, so ist der Betreffende nicht einfach fortzuschicken, sondern der Polizei zu überweisen. Sonntagsruhe ist stets zu gewähren, dafür aber eine größere Arbeitsleistung am Sonnabend oder Montag zu verlangen. Wenn möglich ist Einrichtung einer eigentlichen Gastwirthschaft als Station zu vermeiden, jedenfalls Branntwein auszuschließen, „Herbergen zur Heimath" zu bevorzugen.

Im Westen können die Stationen zumeist in Städte verlegt werden, was schon wegen des Arbeitsnachweises wünschenswerth ist. Im Ganzen waren von 915 Stationen 535 in Städten untergebracht. Um den einheimischen Arbeitern keine drückende Concurrenz zu machen, thut man wohl, wenig rentable und unbeliebte Thätigkeit zu verlangen, wie Holzhacken, Steineklopfen, Umstechen von Komposthaufen, Verschönerungsarbeiten, Wegebesserungen ꝛc. Erwägt man, daß selbst der geringste Nutzen aus dem Thun der Stationsgäste schon reiner Gewinn ist, da sie ja doch verpflegt werden müssen, so dürfte sich wohl allenthalben Arbeitsgelegenheit finden. Die bestehenden Gegenbettelvereine sollten ihr Augenmerk besonders darauf richten, durch Herstellung fester Arbeitsstätten eine wichtige Hilfe zu leisten. — Die Einrichtung von Naturalpflegestationen geschieht am Besten durch nicht zu kleine Gemeindeverbände.

Die so schädliche Almosenschlenderei des Publikums wird allmälig abnehmen, je mehr sich dieses überzeugt, daß für arme Wanderer hinlänglich gesorgt ist und je mehr die Gemeinden zur Uebernahme der Lasten herangezogen sein werden. Das Verabreichen von alten Kleidern und Nahrungsmitteln zum Mitnehmen ist zwar immer noch besser als Geldgabe, kann aber nicht hindern, daß jene bei Trödlern in Geld, d. h. in Schnaps umgesetzt werden. Abgefeimte Strolche pflegen erfahrungsmäßig jetzt, da sie gleichzeitig aus privater und öffentlicher Wohlthätigkeit schöpfen können, noch mehr als bisher zu vereinnahmen und zu saufen.

Erst bei allgemeiner Durchführung der angedeuteten Grundsätze kann die Wohlthat des neuen Systems auf Würdige beschränkt „und damit endlich die entscheidende Aufgabe gelöst werden, den Strom der Wanderbettelei nach der Verschiedenheit seines Ursprungs zu spalten und einerseits durch Gefängniß und Arbeitshaus, andertheils durch Arbeitsnachweis nach Möglichkeit aufzusaugen". Erst dann können und werden die Polizeibehörden allgemeiner ihre Schuldigkeit thun, und nicht mehr, wie noch heute, alljährlich ungezählte Millionen Mark in Kupfer- und Nickelmünzen lediglich dazu dienen, die Bettelplage zu erhalten, unsere Straßen unsicher zu machen und Hunderttausenden ein faules, lüderliches Leben zu ermöglichen, die Siechen- und Zuchthäuser zu überfüllen und die Gemeindelasten zu steigern. S. C.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 8. Juli.

Deutsches Reich. Gleich nach dem Schluß des Reichstages war von verschiedenen Seiten gemeldet worden, der Reichstag würde zu einer neuen Session bereits am 8. September berufen werden. Thatsächlich haben jedoch, wie man der „Nat. Ztg." schreibt, Beschlüsse bezüglich eines bestimmten Termines zur Wiederberufung des Reichstages nicht vorgelegen. Dagegen ist allerdings die Frage wegen Vorlegung eines neuen Branntweinsteuer-Entwurfes Gegenstand der Erörterung gewesen und im Verlauf derselben ist die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, den Reichstag behufs Beschlußnahme über den Entwurf im Spätsommer dieses Jahres nochmals zu berufen. Ob der Gedanke indessen feste Gestalt annehmen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen.

— Der bayrische Ministerpräsident von Lutz ist zum Besuche des Fürsten Bismarck in Kissingen eingetroffen.

— Eine verständige Verfügung hat der Landrath des Rheingaukreises erlassen: Anonyme Denunciationen sollen von den Behörden nicht mehr beachtet werden. Es giebt auch nichts Erbärmlicheres, als einen feigen Denuncianten.

— Ausgewiesen aus Berlin ist ein Drechslermeister Tabert, Vorsitzender eines Arbeiterbezirksvereins und Zeuge im Prozeß Ihring-Mahlow.

Oesterreich-Ungarn. Bei der feierlichen Eröffnung der Gewerbeausstellung der deutschen Handwerker in Prag dankte Ehrenpräsident Dr. Schmeykal herzlich allen Erschienenen. Unter der Bedrängniß der Verhältnisse mußte die Feier auf den engsten Rahmen beschränkt bleiben. Nichtsdestoweniger verdankt diese Ausstellung ihren Ausgang einem bedeutenden nationalen und wirthschaftlichen Streben, dem Gedanken der innigsten Zusammengehörigkeit aller Deutschen mit den deutschen Handwerkern. Redner wünscht der Ausstellung bestes Gelingen. Er hofft und ist überzeugt, dieselben werde redlich dazu beitragen, die Lage des deutschen Handwerks auch materiell zu verbessern. Die kräftigste Unterstützung des deutschen Handwerkers durch alle Deutschen bleibt deren heiligste Pflicht, umsomehr als für die deutschen Handwerker außer der nationalen Bedrängniß die wirthschaftliche Nothlage hinzukommt. Die Worte des Redners fanden eine begeisterte Aufnahme. Ein tschechisches Blatt theilt die Namen sämmtlicher deutscher Aussteller mit, natürlich zu dem Zweck, daß bei denselben kein Tscheche kaufen soll. — In Pilsen wurden an 100 Soldaten des 35. Regimentes, die sich durch Cigarrenspenden im Laden eines tschechischen Tabakshändlers verleiten ließen, eine politische Petition zu unterschreiben, zu 30 Tagen Arrest verurtheilt. Der betreffende Laden wurde für die Garnison verboten.

Italien. Mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Cholera sind die großen italienischen Manöver abgesagt worden.

Belgien. Während die Regierung ernstlich daran denkt, die Auswanderung der unbeschäftigten Arbeiter anzubahnen und sie durch Gewährung billiger Fahrt, wie Mittel zur Beschaffung von Werkzeugen und Saaten für den Landbau zu begünstigen, werden die Zustände im großen Kohlenbassin Mons immer trüber. Aller Orten Arbeitseinstellungen; wird an einzelnen Stellen die Arbeit aufgenommen, so bricht der Streik an anderen wieder aus. Die Besitzer der Werke haben jetzt, um sich an den Arbeitern zu rächen, beschlossen, den Betrieb auf sieben Tage ganz einzustellen! also auch ihrerseits zu streiken. Es herrscht, so sagt das „Brüsseler Journal", ein „schlimmer" Geist bei den Arbeitern des Borinage. Die geregelte Arbeit hat im Borinage factisch aufgehört und viele Werke denken an die Liquidation. Inzwischen hat der Generalrath der Arbeiterpartei einen Aufruf an die Arbeiter Belgiens erlassen. Es heißt darin: „Die Leute, die uns regieren und uns als Sclaven behandeln, haben geglaubt, daß es genügt, unsere Kundgebung vom 13. Juni zu verbieten. Sie täuschen sich. Wir kämpfen für unser Recht, um Gerechtigkeit zu erlangen, und wir werden es erreichen. Nichts kann ein Volk aufhalten, das eine Sache ernstlich will. Die Nichtwähler, diejenigen, die keine Rechte, aber alle Lasten haben, werden am 15. August in Brüssel auf ihren Posten sein. Organisire man sich überall! Unsere Sache ist gerecht, sie muß gelingen! Am 15. August werden die Regierenden, die Befriedigten, die Herren in Brüssel sein, um die Revolution von 1830, die sie zu ihrem Nutzen ausgebeutet haben, zu feiern. Die Söhne der Kämpfer von 1830 werden sich auch daselbst einfinden, um Gerechtigkeit zu fordern! Wenn noch einmal unsere Kundgebung untersagt wird, wenn wir abermals außerhalb des Gesetzes gestellt werden, so müssen wir zur Erreichung unserer Forderung ein anderes Mittel anwenden: „die allgemeine Arbeitseinstellung." An's Werk! Genossen. Am 15. August Alle in Brüssel! Wir müssen unsere Rechte als Bürger erlangen. Schon zu lange bitten und fordern wir, das kann nicht immer dauern. Es muß Gerechtigkeit geübt werden, aber dazu muß man stark sein, und die belgischen Proletarier werden es sein, um den Regierenden das allgemeine Wahlrecht zu entreißen, das sie uns verweigern! Wir wollen das allgemeine Wahlrecht. Wir werden es erlangen!" Man darf in der That gespannt sein, wohin diese Bewegung führen wird. Es erregt großen Unwillen in Regierungskreisen, daß die Pariser Fabrikherren zahlreiche belgische Arbeiter, die seit Jahren in ihren Werkstätten beschäftigt sind und sich trefflich bewährt haben, als „Ausländer" entlassen haben.

England. Der für Gladstone ungünstige Verlauf der Wahlen ruft in Irland blutige Schlägereien hervor. Dublin und Londonderry sind die Schauplätze erbitterter Kämpfe gewesen, die zahlreiche Verhaftungen nach sich gezogen haben. Gegen 60 Personen sind verwundet, 3 todt. Die Aufregung in Irland ist ungemein groß und die Behörden haben außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. — Das Wahlresultat bleibt für Gladstone immer noch flau: Es sind bekannt 387 Wahlen, davon entfallen auf die Conservativen 204, auf die liberalen Gegner Gladstones 44 (Goschen ist hier nicht wiedergewählt, dagegen der frühere Minister Chamberlain), 98 Gladstoneaner, 41 Irländer. Noch stehen zwar eine ganze Reihe Wahlen aus, aber mit Gladstone's Sieg steht es doch schlecht.

Rußland. Rußland hat, wie bekannt, entgegen dem Berliner Vertrag die Freihafenstellung der Stadt Batum in Armenien aufgehoben und damit dem britischen Handel einen schweren Schlag versetzt. Die „Times" schreiben zu dem Ereigniß: Diese cynische Kündigung eines wichtigen Artikels des Berliner Vertrages müsse den englischen Staatsmännern und der englischen öffentlichen Meinung einen gründlichen Argwohn gegen die Ehrlichkeit der russischen Regierung einflößen, sie habe große Aehnlichkeit mit der Aufhebung der Schwarze-Meer-Klauseln des Pariser Vertrages im Jahre 1870. Wenn England wieder angegangen werden sollte, an die Arglosigkeit der russischen Diplomatie zu glauben, werde es sich dieser Vorfälle erinnern und sich sagen, daß die bei einer liberalen Regierung in England obwaltenden Schwierigkeiten von Rußland in der Regel zur Begehung eines internationalen Vertrauensbruches benützt würden. — Nun ist aber alles Jammern umsonst; Rußland hat den Berliner Vertrag verletzt, indessen, wer will etwas dagegen machen. Wieder einmal die alte Geschichte, daß Verträge nur dazu da sind, um gebrochen zu werden.

Holland. Zur Warnung für unbesonnene deutsche Landsleute, welche sich, allen Abmahnungen Trotz bietend, immer noch zur Anwerbung für den Militärdienst in Niederländisch-Indien verleiten lassen, möge folgender, dem „Amsterdamer Handelsblatt" entnommener Bericht über die Verpflegung der Truppen auf Atchin beitragen: „Nach dem letzten Ausweis zählte das niederländisch-indische Heer etwa 16000 Mann Infanterie; davon kommen 10000 Mann auf die Feldbataillone, während die übrigen 6000 Mann über den ganzen Archipel in verschiedenen Garnisonen vertheilt sind. Von letzteren sind durchschnittlich zwei Drittel für den Felddienst untauglich, so daß man also über etwa 12000 Mann kriegstüchtiger Leute verfügt. So müßte der ordnungsgemäße Zustand sein, in der That zählt aber das Heer im Augenblick etwa 8000 von der Beri-Krankheit (einer Art Ruhr) ergriffene Kranke, und wenn keine entschiedenen Maßregeln dagegen ergriffen werden, dann werden nach wenn Monaten überhaupt keine gesunden und kriegstüchtigen Soldaten mehr im Heere sein. In der Regel darf man annehmen, daß, wenn ein solcher Kranker auch wieder hergestellt wird, wozu er aber immer mehrere Monate gebraucht, er doch für den Felddienst dauernd ungeschickt bleibt. An diesem traurigen Zustande trägt allein die Regierung die Schuld, da die letzte Ursache dieser furchtbaren Krankheit nur die schlechte Ernährung der Soldaten ist. Am 1. Juli 1885 hat man aus Sparsamkeitsrücksichten für Atchin den Tarif für die Verpflegung der Soldaten herabgesetzt, während an die Leistungskraft der Soldaten die höchsten Ansprüche gemacht wurden; überdies ist die verabreichte Nahrung so schlecht, daß sie häufig alsbald, nachdem sie ausgetheilt ist, weggeworfen wird. Allerdings hat die Regierung dadurch Ersparnisse erzielt, aber diese werden durch die Summen wieder verringert, welche die Regierung der niederländischen Dampfschifffahrtsgesellschaft für die Ueberbringung der Kranken nach Java bezahlen muß. Im vorigen Jahre sind 1800 Kranke an der genannten Epidemie gestorben, die sich auf der Westküste von Sumatra in schreckenerregender Weise verbreitet, und es ist unglaublich, aber wahr, daß man diesen Hungerleidertarif auch im Militärspital eingeführt und dadurch jeden Monat einige tausend Gulden gespart hat; aber es werden Tonnen Goldes nothwendig sein, um die Armee überhaupt wieder auf kriegstüchtigen Fuß zu bringen."

Sächsisches.

— **Dresden**, 7. Juli. In der Dresdner Glasfabrik von Siemens ist vorgestern seitens der Direktion dem gesammten Arbeiterpersonal, etwa 1000 Mann, gekündigt worden. Die Veranlassung hierzu ist folgende gewesen. Aus technischen Gründen ist es anerkanntermaßen nicht durchführbar, in den Glasfabriken die Sonntagsarbeit ganz zu beseitigen. Bisher war es nun in der Glasfabrik von Siemens üblich, die erforderliche Sonntagsschicht, an der sich nur ein Theil der gesammten Arbeiter betheiligt, von früh 6 Uhr bis Mittags 12 Uhr ausführen zu lassen. Da jedoch behördlicherseits die Theilnahme jugendlicher Arbeiter an solchen Schichten nicht gestattet wird, so sah sich die Direktion veranlaßt, die Zeitdauer der Sonntagsschicht um 1 Stunde zu verlängern und wurde dieselbe gleichzeitig in die Stunden von Sonntag Abend 7 Uhr bis Nachts

SLUB
Wir führen Wissen.